

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Abonnent erhält
alle Nummern kostenlos

Die ehemalige I. Vorsitz. der SAJ Niederrhein
Grete Baumann
spricht Sonntag 28. Oktober,
vorm. 9 Uhr, Ausstellungenspalast
mit dem SAJ. Einmal im Monat
Oppositionelle SAJ-Genossen erwünscht

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern /
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre

Art Sachjen

7. Jahrgang Dresden, Freitag den 23. Oktober 1931 Nummer 177

Enthüllungen über die neue Notverordnung

Mietwucher - Krankensteuer!

Völlige Beseitigung des Mieterschutzes / Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung
Abbau der Krankenversicherung / Werttätige, heraus zum Kampfe gegen Sozialreaktion!

Berlin, 23. Oktober (Eig. Ber.)

Die neue Notverordnung soll wie der Reichsbund der Deutschen Mieter mittelst, ein Kapitel "Abbau der Wohnungswirtschaft" enthalten. Es ist beabsichtigt den größten Teil des noch bestehenden Mieterschutzes am 1. Januar 1932 abzubauen. Danach sollen die Mietverträge aufgehoben und deren bisheriger Arbeitsbereich den Amtsgerichten übertragen werden. Die Mieterbefreiung am Mietschlichtergericht werden verweigert, der Mieterschutz für Untermieterhältnisse wird aufgehoben, die verweigerter Erlaubnis zur Untervermietung kann nicht mehr durch das Mietvertragsamt erlangt werden, der Mieterschutz für Neubauten kommt reiflos in Betracht. Erfahrung braucht nicht gestellt zu werden. In der neuen Notverordnung ist die Aufhebung sämtlicher Mieterschutzgesetze für den 1. April 1933 vorgesehen. Viele Enthüllungen müßten bei den Mietern wie eine Bombe wirken. Der Abbau des gesamten Mieterschutzes, die Hausbesitzer, die schon durch die Ermäßigung der Haussteuer ein Geschenk von 320 Millionen Mark erhalten, werden die Mieterschutzgesetze hinausschleudern. Alles das haben die Mieter den SPD-Führern zu verdanken, die der Brüning-Regierung das Vertrauen ausgesprochen haben, die alle bisherigen Notverordnungen rückwärts und die Regierung zu neuen Notverordnungen ermuntern.

versicherung vorgehen. Angestellte, die ein Gehalt von über 300 Mark haben, sollen einen erhöhten Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben.

In der Krankenversicherung sollen weitere Verschlechterungen eintreten. Die Versicherten sollen einen erheblichen Anteil der Arztkosten tragen müssen. Dabei wird in Aussicht gestellt, daß die 50-Pfennig-Gebühr für den Krankenschein wegfällt würde. Aber die Beteiligung an den Arztkosten ist eine noch viel größere Schwächung der Kranken als die 50-Pfennig-Gebühr. Es ist zu erwarten, daß auch die Leistungen der Krankenversicherung Schritt für Schritt abgebaut werden.

Die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung bedeutet einen weiteren Lohn- und Gehaltsabbau.

Für diese unerträgliche Abbaupolitik zeigen die SPD-Mitglieder volle Bereitschaft, sie haben die Regierungsgewalt unterstützt und alle diese Notverordnungen gebilligt.

Ununterbrochen werden die Löhne gesenkt, die sozialen Unterhaltungen werden immer mehr abgebaut. Aber je mehr dem Arbeiter vom Lohn abgezogen wird, je größer der Not über die Werttätigen gebracht wird, um so größer wird das Heer der Arbeitslosen. Durch die Notverordnungspolitik haben die Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeit erhalten. Zur Sanierung der Großbanken wurden Hunderte von Millionen Mark Steuererlöse den Bankkapitalisten gegeben. Jetzt sollen die Arbeiter und Angestellten eine neue große Lohn- und Gehaltskürzung über sich ergehen lassen. Schon die ersten Einzelheiten dieser neuen Notverordnungen zeigen, was zu erwarten ist. Unter Führung der Kommunistischen Partei muß sich das gesamte werttätige Volk zum Kampf gegen diese Abbaupolitik vereinigen.

Der mandchurische Krieg

Die Mandchurei und die Mongolei sind das Spielplatz eines mit allen Mitteln des modernen Massenmordes geführten Krieges. Noch immer brennen die Kanonen, noch immer wird der fruchtbare Boden der mandchurischen Reis- und Sojabauern von Fliegerbomben angegriffen. Noch immer fallen täglich Hunderte von Tausenden von chinesischen und japanischen Arbeiter und Bauern, im Westen und im Osten, von Maschinenengewehrfeuer getroffen, von Sonnenstrahlen gepeinigt.

Seit fünf Wochen ist die Mandchurei, die "Kolonie" Chinas, der Schauplatz eines mit allen Mitteln des modernen Massenmordes geführten Krieges. Noch immer brennen die Kanonen, noch immer wird der fruchtbare Boden der mandchurischen Reis- und Sojabauern von Fliegerbomben angegriffen. Noch immer fallen täglich Hunderte von Tausenden von chinesischen und japanischen Arbeiter und Bauern, im Westen und im Osten, von Maschinenengewehrfeuer getroffen, von Sonnenstrahlen gepeinigt.

Und die imperialistischen Großmächte, die bei der Unterzeichnung des Kellogg-Pactes mit lächelnden Lippen den Krieg abgeschworen, rühren keinen Finger, um den Frieden zu retten, sie "warten ab" und liegen auf der Lauer, um in dem Augenblick einzugreifen, wo es an die Verteilung der Beute geht.

Nach dem bisherigen Verlauf des mandchurischen Krieges ist es klar, daß dieser Krieg bereits bei seinem Ausbruch über den Rahmen eines japanisch-chinesischen Konfliktes hinausging und als imperialistischer Weltkrieg verstanden werden mußte. Japanischerseits war dieser Krieg seit Jahren bis in die strategischen Einzelheiten vorbereitet. Das Leben von einer chinesischen Zeitschrift aus Sicht gegessene berühmte Geheimmemorandum des früheren japanischen Ministerpräsidenten Tanaka an den japanischen Kaiser aus dem Jahre 1927 hat der japanischen Außenpolitik in der mandchurischen Frage den Weg vorgezeichnet, der zum bewaffneten Ueberfall und zur militärischen Besetzung der Südmandchurei geführt hat. In diesem japanischen Dokument imperialistischer Raubgier erklärt Tanaka:

"Um China zu erobern, müssen wir zuerst die Mandchurei und die Mongolei erobern. Um die Welt zu erobern, müssen wir zuerst China erobern. Wenn es uns gelingt, China zu erobern, dann werden die anderen asiatischen Länder und die Länder der Südpazifik uns fürchten und vor uns kapitulieren."

Das Programm Tanakas ist das Programm der japanischen Regierung und des japanischen Generalstabs geblieben. Der Einfall in die Mandchurei ist der erste Akt zu seiner Verwirklichung. Und es ist verständlich, mit welcher Konsequenz das japanische Oberkommando auch in militärischer Hinsicht sich an das Programm von 1927 gehalten hat.

Die innere Logik des Krieges und die allgemeine Zuspitzung der Krise und der imperialistischen Interessengegenstände hat nun eine Situation geschaffen, die die Keime schwerster internationaler Konflikte in sich birgt. Der Schatten eines neuen Welt-

Neue Millionenaufträge der UdSSR

Die Sowjetunion schafft für die deutschen Proletarier Arbeit und Brot

Die Entwicklung der sowjetrussischen Kohlenwirtschaft vollzieht sich in einem solchen Tempo, daß auf den Bezug ausländischer Maschinen nicht verzichtet werden kann. Während eine glatte Höhe angebliche Zahlungsleistungen für die Aufträge der Sowjetunion erfindet, muß die gleiche Presse in ihrem Handelsblatt melden, daß an die Humboldt-Deutz-Werke ein neuer Auftrag in Höhe von 2 Millionen Mark für Kohlenmaschinen gegeben worden ist. Der bisherigen Beauftrag ist damit Behaltigung für die nächsten vier Monate gesichert.

Je mehr das kapitalistische System zusammenbricht, je mehr die Ausplünderung der arbeitenden Massen gesteigert wird, um so lebhafter steht das Beispiel der Sowjetunion vor den Massen. Nicht nur keine Arbeitslosigkeit und wachsender Wohlstand, sondern ein Aufschwung der sozialistischen Industrie, der dazu nötigt, fortgesetzt Aufträge ins Ausland zu geben. Dem arbeitenden, unter den Lasten des kapitalistischen Systems leuchtenden Volk wird die Wahl nicht schwer fallen...

nur der Titel eines neuen, von dem bekannten amerikanischen Journalisten H. N. Knickerbocker erschienenen ausgezeichneten Buches, in dem die starke Verfestigung des Sowjethandels mit dem Kontinent dargestellt ist, sondern es ist auch in der Tat so."

Leipziger Credit-Bank pleite!

Die Leipziger Credit-Bank hat ihre Schalter geschlossen. Wie die bürgerliche Presse mittelst, ist die Ueberführung des Geschäftes auf eine Credit-Genossenschaft geplant. Damit werden den Gläubigern allerdings 20 Prozent ihrer Guthaben verloren gehen.

Dieser Zusammenbruch der Bank wird sich besonders auf den Leipziger Mittelstand und auf die kleinen Spares auswirken, die ohne Zweifel einen Teil ihrer Guthaben verlieren werden.

Klage gegen „Germania“

M. Berlin, 22. Oktober. Wie „Berlin am Morgen“ erfährt, beabsichtigt die russische Handelsvertretung im Auftrag der Sowjetregierung, gegen den Verlag der „Germania“ wegen Schädigung ihrer Interessen durch Verbreitung kreditgefährdender Nachrichten zivilrechtlich vorzugehen.

„Der rote Handel lódt“

Das Berliner Tageblatt vom 22. Oktober schreibt im Zeitkritik:

„Der austragende Kunde, und wenn er dazu noch als zahlungsfähig gilt, ist sehr umworben. Als ein solcher Kunde wird zuerst die Sowjetunion angesehen. Die Regierung ist dabei, die Wechsel werden eingelöst, und die Bolschewiken können sich der Verkäufer noch Bedarf ausleihen. Die Sowjetregierung operiert mit imponierenden Bestellungen, ihre Auftragsangebote sind Gegenstand zahlreicher Diskussionen in den Direktionsjimmern. „Der rote Handel lódt.“ Das ist nicht

Klagges und Orzesinski in einer Front!

SPD-Orzesinski verbietet Arbeiterdemonstrationen in Berlin / Nazi-Minister verbietet Demonstration bei der Beerdigung der von den Nazis gemordeten Arbeiter

Braunschweig, 22. Oktober (Eig. Bericht)

Der Nazi-Minister Klagges hat die Demonstration der Arbeiterschaft am Tage der Beerdigung der von den Nazis gemordeten Arbeiter Fisher und Engelle verboten, besagliche eine Demonstration gegen den faschistischen Mordterror, die die Kommunistische Partei am Sonntag durchführen wollte. Klagges verbietet auch eine für Donnerstag angelegte Erwerbslosen demonstration.

Auf die Demonstrationenverbote antworten die Braunschweiger Arbeiter mit einer verkündeten Vorbereitung und Abhaltung zum Proteststreik am Tage der Beerdigung der ermordeten Arbeiter.

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Bericht.)

Die Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg hatte sofort nach dem Bekanntwerden des Mordterrors der Nazis in Braunschweig eine antifaschistische Kundgebung im Volkspark bei der Polizei angemeldet. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Orzesinski hat nunmehr diese Kundgebung verboten.

Die Antwort der sozialdemokratischen Arbeiter kann nur die sein: Auf alle Verbote, ganz gleich, ob sie von Orzesinski oder Klagges ausgesprochen werden, antworten wir mit dem Uebertritt zur roten Front des Kampfes, Einheitsfront mit dem revolutionären Proletariat unter der Führung der Kommunistischen Partei!